

## Medieninformation

### **Chaos durch Elterntaxis: Mehrheit fordert bundesweite Regelung**

Repräsentative Umfrage von LeasingMarkt.de: 60 Prozent der Deutschen plädieren für Maßnahmen des Bundesverkehrsministers / Forderung nach Investitionen in Schulbusse, sichere Schulwege, aber auch nach Parkverboten

Düsseldorf, 06. Juni 2024. Viele Eltern bringen ihre Kinder morgens mit dem Auto zur Schule. Doch die Bequemlichkeit der Einen sorgt für Unmut bei Anderen. Denn oft richten die vielen Elterntaxis ein regelrechtes Verkehrschaos vor den Schulen an – und gefährden damit Kinder, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind. Eine deutliche Mehrheit von 60 Prozent der Deutschen fordert daher Maßnahmen des Bundesverkehrsministeriums, um das Problem zu lösen. Ihrer Meinung nach braucht es vor allem mehr öffentliche Verkehrsmittel für die Schüler, Investitionen in die Sicherheit von Schulwegen, aber auch Parkverbote vor den Bildungseinrichtungen. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage\* von LeasingMarkt.de und Innofact unter 1.000 Teilnehmern im April dieses Jahres hervor.

Das Landesverkehrsministerium in Nordrhein-Westfalen (NRW) hat bereits erste Konsequenzen gezogen: Seit Anfang dieses Jahres erlaubt es den Kommunen, Schulstraßen vorübergehend zu sperren, um den Hol- und Bringservice einzudämmen. LeasingMarkt.de wollte von den Umfrageteilnehmern daher wissen, ob auch das Bundesverkehrsministerium tätig werden soll, um Maßnahmen für ganz Deutschland zu beschließen. Das Ergebnis der repräsentativen Umfrage ist eindeutig: 60 Prozent der Bundesbürger wollen, dass der Bundesverkehrsminister tätig wird, um dem Chaos vor den Schulen Herr zu werden. Lediglich 23 Prozent lehnen Initiativen aus Berlin ab („Ich weiß nicht“: 17 Prozent). Bei den Befragten mit Kindern im Haushalt sind es mit 61 Prozent fast ebenso viele, die Lösungen auf Bundesebene erwarten. Allerdings finden sich in dieser Gruppe signifikant mehr Gegner eines Einschreitens des Verkehrsministers: 29 Prozent sprechen sich gegen verbindliche Vorgaben aus Berlin aus.

### **Wichtigste Forderung: Mehr Geld für Schulbusse und sichere Schulwege**

LeasingMarkt.de wollte von den Umfrageteilnehmern auch wissen, welche Lösung für das Problem aus ihrer Sicht am sinnvollsten ist (Mehrfachantworten waren hierbei möglich). Dabei zeigt sich zunächst, dass die Maßnahmen aus NRW keinesfalls die höchsten Zustimmungswerte erhalten. Nur 15 Prozent geben an, dass es den Kommunen freigestellt werden sollte, Schulstraßen vorübergehend zu sperren, wenn sie es für sinnvoll erachten. Stattdessen sprechen sich mit 22 Prozent die meisten Befragten dafür aus, mehr öffentliche Verkehrsmittel für Schüler einzusetzen. Das Bundesverkehrsministerium solle dies beispielsweise durch finanzielle Zuschüsse an die Kommunen ermöglichen. 19 Prozent fordern zudem mehr Investitionen in die Sicherheit der Schulwege und sagen: „Wenn die Schulwege sicherer sind, stellen die Elterntaxis von ganz allein den Betrieb ein.“ Auch Umfrageteilnehmern mit Kindern im Haushalt sind diese Punkte am wichtigsten: 26 Prozent sprechen sich für mehr Schulbusse aus, 22 Prozent für sicherere Schulwege.

### **Jeder Zehnte für generelles Elterntaxi-Verbot**

Viele Bundesbürger fordern aber auch eindeutige gesetzliche Regelungen. So plädieren 19 Prozent für befristete oder generelle Parkverbote im Umfeld aller Schulen in Deutschland. 17 Prozent wünschen sich, dass Berlin die Kommunen verpflichtet, im Umfeld von Schulen Parkzonen einzurichten, von denen aus die

## Medieninformation

Kinder dann zu Fuß zur Schule gehen müssen. Für 15 Prozent wäre es sinnvoll, dass nur Eltern, die eine spezielle Lizenz haben, vor den Schulen parken dürfen. Und jeder Zehnte (11 Prozent) fordert ein generelles Verbot von Elterntaxis. Kinder sollen stattdessen verpflichtend zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Schule kommen.

### Medienkampagne soll über Gefahren aufklären

Doch auch Lösungsansätze, die weniger strikt sind, verfangen bei den Befragten. So wünschen sich 14 Prozent, dass der Bundesverkehrsminister nicht auf Verbote setzt, sondern auf die Kraft der Argumente. Aus ihrer Sicht könne eine bundesweite Medienkampagne die Eltern überzeugen, dass es besser sei, die Kinder mit dem Fahrrad oder zu Fuß zur Schule zu schicken. Knapp jeder Zehnte (9 Prozent) fände es zielführend, die Macht in die Hände der jeweiligen Schulen zu legen: Diese dürfen dann Straßensperrungen oder auch andere Maßnahmen beschließen, wenn sie es für sinnvoll erachten.

### Manche Familien sind aufs Auto angewiesen – auch beim Schulweg

Doch wie begründen die Gegner einer bundesweiten Regelung ihre Einstellung? Laut LeasingMarkt.de-Umfrage lehnen 13 Prozent der Befragten Einschränkungen ab, weil aus ihrer Sicht manche Eltern keine andere Wahl haben, als ihre Kinder mit dem Auto zur Schule zu bringen. Diese These unterstützen sogar 17 Prozent der Befragten mit Kindern im eigenen Haushalt. Insgesamt 6 Prozent der Befragten sind gegen Einschränkungen, weil es ganz einfach am sichersten für Kinder sei, mit dem eigenen Fahrzeug zur Schule gebracht zu werden. Ebenso viele fürchten, dass von den Maßnahmen auch andere Verkehrsteilnehmer betroffen werden könnten – etwa Anwohner von Schulstraßen. 5 Prozent verstehen die ganze Aufregung nicht: Aus ihrer Sicht besteht überhaupt kein Problem darin, Kinder mit dem Elterntaxi zu Schule zu bringen. Ebenso viele glauben, dass Regelungen aus Berlin nur noch zusätzliches Chaos stiften würden. Und 6 Prozent sehen schon deshalb keinen Handlungsbedarf des Bundesministers, weil die Regelung aus NRW ja zeige, dass die Bundesländer auch allein gut zurechtkommen.

### Jeder Fünfte fordert mehr Geld für Schulbusse

*Frage: Zahlreiche Eltern bringen ihre Kinder morgens mit dem Auto zur Schule. Doch was für die Kinder bequem sein mag, sorgt bei Anderen für Unmut. Das Landesverkehrsministerium in Nordrhein-Westfalen (NRW) hat jetzt Konsequenzen gezogen und erlaubt es den NRW-Kommunen, Schulstraßen vorübergehend zu sperren, um „Elterntaxis“ einzudämmen. Sollte in Ihren Augen darüber hinaus auch das Bundesverkehrsministerium tätig werden und für ganz Deutschland Maßnahmen mit Blick auf die „Elterntaxis“ beschließen? Falls dies der Fall ist: Wie sollten diese Maßnahmen Ihrer Meinung nach aussehen?*

	Gesamt	Männer	Frauen
<b>Ja, das Bundesverkehrsministerium sollte Maßnahmen einleiten, um die Probleme mit den „Elterntaxis“ zu lösen, und zwar:</b>	<b>60%</b>	<b>60%</b>	<b>59%</b>
Es sollte vor allem dafür sorgen (etwa durch finanzielle Zuschüsse), dass mehr öffentliche Verkehrsmittel eingesetzt werden, um die Schüler zur Schule und wieder zurückzubringen	22%	23%	22%
Es sollte Maßnahmen ergreifen, um den Fußweg zur Schule sicherer zu machen – dann stellen die „Elterntaxis“ von ganz allein den Betrieb ein	19%	19%	20%

## Medieninformation

Es sollte befristete oder generelle Parkverbote vor Schulen beschließen – und dafür sorgen, dass die Parkverbote auch eingehalten werden	19%	21%	17%
Es sollte gesetzlich verordnen, dass die Kommunen im Umfeld von Schulen Parkzonen einrichten müssen – von dort müssen die Kinder dann zu Fuß zur Schule gehen	17%	15%	20%
Es sollte den Kommunen nach dem Vorbild in NRW ermöglichen, Straßen vor Schulen vorübergehend zu sperren, so dass keine „Elterntaxis“ mehr durchkommen, wenn die Kommunen es für sinnvoll erachten	15%	18%	13%
Es sollte Lizenzen für „Elterntaxis“ ausgeben. Diese würden dann nur Eltern bekommen, die weiter von der Schule entfernt wohnen oder die Sammeltaxis für mehrere Kinder einrichten. Wer keine Lizenz hat, darf nicht vor der Schule parken	15%	14%	15%
Es sollte nicht auf Verbote setzen, sondern Eltern davon überzeugen, die Kinder nicht im Auto zur Schule zu fahren. Das könnte etwa durch eine bundesweite Aufklärungskampagne in den Medien geschehen	14%	12%	15%
Es sollte die Straßen vor Schulen generell zu bestimmten Uhrzeiten für Autos sperren	13%	16%	11%
Es sollte „Elterntaxis“ generell verbieten: Kinder sollen zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Schule kommen	11%	11%	10%
Es sollte die Macht in die Hände der jeweiligen Schulen legen: Diese dürfen dann Straßensperrungen oder auch andere Maßnahmen beschließen, wenn sie es für sinnvoll erachten	9%	8%	9%
Es sollte andere Maßnahmen beschließen	1%	1%	1%
<b>Nein, das Bundesverkehrsministerium sollte keine Maßnahmen einleiten, um das Problem mit den „Elterntaxis“ zu lösen, weil:</b>	<b>23%</b>	<b>25%</b>	<b>22%</b>
Manche Eltern keine andere Wahl haben, als ihre Kinder mit dem Auto zur Schule zu bringen. Etwa, weil der Fußweg zu lang ist und/oder es keine alternativen Verkehrsmittel gibt	13%	13%	14%
Es für Kinder einfach am sichersten ist, von den Eltern im Auto zur Schule gebracht zu werden	6%	6%	7%
Der Fall in NRW zeigt, dass die Bundesländer auch gut ohne Regelungen aus dem Bundesverkehrsministerium zurechtkommen	6%	8%	4%
Auch andere Verkehrsteilnehmer von den Maßnahmen in Mitleidenschaft gezogen würden – etwa Anwohner von Schulstraßen	6%	7%	6%
Überhaupt kein Problem darin besteht, Kinder mit dem Auto zur Schule zu bringen	5%	7%	4%
Die Maßnahmen nur noch mehr Staus und Chaos stiften würden	5%	5%	5%
Das Bundesverkehrsministerium sollte aus einem anderen Grund keine Maßnahmen einleiten	3%	2%	3%
<b>Ich weiß nicht</b>	<b>17%</b>	<b>15%</b>	<b>19%</b>

\* Quelle: LeasingMarkt.de / Innofact; Basis: repräsentative Stichprobe mit 1.001 Teilnehmern; Umfragezeitraum: 9. bis 11. April 2024; Mehrfachantworten teilweise möglich; Werte gerundet.

## Medieninformation

### Über LeasingMarkt.de

LeasingMarkt.de ist Deutschlands größter Online-Automarkt für Leasingangebote. Das Unternehmen mit Sitz in Düsseldorf wurde 2012 gegründet und ist seit 2020 Teil der AutoScout24 Group. Auf LeasingMarkt.de finden Kunden im Handumdrehen das richtige Auto, das zu ihrer Lebenssituation und ihrem Finanzbudget passt. Mit nur wenigen Klicks können Leasinginteressierte unzählige Leasingangebote von mehr als 1.000 Autohäusern vergleichen und diese direkt beim Anbieter anfragen. Händler können ihre Fahrzeuge schnell und einfach im digitalen Schaufenster des mit monatlich mehr als zwei Millionen Besuchern reichweitenstärksten Leasingportals Deutschlands inserieren. Seit 2021 bietet LeasingMarkt.de auch einen Marktplatz für Auto-Abos an. 2022 erfolgte mit der Übernahme der Leasingplattformen LeaseVergelijker und LeaseTrader die Expansion in die Niederlande.

### Fabian Feldmann

LeasingMarkt.de GmbH  
[presse@LeasingMarkt.de](mailto:presse@LeasingMarkt.de)

### Über AutoScout24

AutoScout24 ist mit über 2 Mio. Fahrzeug-Inseraten, rund 30 Mio. Usern pro Monat und mehr als 43.000 Händlerpartnern europaweit der größte Online-Automarkt. Neben Deutschland ist die AutoScout24 Group auch in den europäischen Kernmärkten Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Frankreich, Österreich, Norwegen, Dänemark, Polen und Schweden vertreten. Als umfassender Marktplatz für Mobilität investiert AutoScout24 gezielt in die Wachstumsfelder Leasing, Auto-Abo, Elektromobilität und Online-Autokauf. Mit AutoScout24 smyle ermöglicht der Marktplatz seinen Nutzerinnen und Nutzern den vollständigen Online-Kauf von Fahrzeugen – kostenlos und ready-to-drive direkt vor die Haustür geliefert. Seit 2020 ist auch der Leasing-Spezialist LeasingMarkt.de und seit 2022 die B2B-Auktionsplattform AUTOproff Teil der AutoScout24 Gruppe. Zusammen treiben die Marktplätze die Digitalisierung des europäischen Autohandels maßgeblich voran.

Weitere Informationen finden Sie unter [www.autoscout24.de](http://www.autoscout24.de)

### Julia Dreßen

AutoScout24 GmbH  
[presse@autoscout24.de](mailto:presse@autoscout24.de)